

Wikingeck: Was macht der Bund?

Neue Eigentumsverhältnisse stellen Sanierungsplan in Frage / Die Stadt könnte finanziell glimpflich davonkommen

Alf Clasen SCHLESWIG Die Sanierung des mit Schadstoffen verseuchten Wikingecks ist ein kompliziertes Unterfangen. Und das nicht nur in bautechnischer, sondern weiterhin auch in juristischer Hinsicht. Denn nach einer Änderung des Grundbuchs im vergangenen November ist der Bund nun offiziell Eigentümer der kontaminierten Wasserfläche, die vorher laut Grundbucheintrag dem Land gehörte. Das wiederum führt dazu, dass die im Herbst von der Stadt Schleswig und dem Kreis als zuständiger Aufsichtsbehörde präsentierte Lösung für die Sanierung der Wiking-Halbinsel wieder in Frage gestellt ist.

So ist der eigentlich bereits für Januar geplante „Runde Tisch Wikingeck“ mittlerweile auf den 12. März verschoben worden, wie Thorsten Roos, zuständiger Fachbereichsleiter in der Kreisverwaltung, gestern mitteilte. An dem Krisentreffen im Kreishaus sollen neben Landrat Wolfgang Buschmann Umweltminister Jan Philipp Albrecht, Bürgermeister Stephan Dose und jetzt auch die Vertreter der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt des Bundes teilnehmen. Letztere haben allerdings noch nicht zugesagt.

„Wir kämpfen dafür, dass sich der Bund zur Dekontamination und als Teil der Gesamtlösung bekennt“, sagte Roos im Gespräch mit den SN. Allerdings gestalte sich die Kommunikation mit den zuständigen Behördenvertretern nicht ganz einfach. Die für die Schlei als Bundeswasserstraße zuständige Generaldirektion hat ihren Hauptsitz in Bonn. Roos hofft gleichwohl, dass der Bund die sogenannte Verfahrensverantwortung übernimmt – allein deshalb, weil dieser nicht nur über die ausreichenden finanziellen Mittel, sondern auch über entsprechende Kompetenzen verfüge. Es gelte jedoch zunächst, offene rechtliche Fragen zu klären. Laut Roos ist zum Beispiel unklar, ob das aktuelle Wasserrecht oder das preußische Wasserrecht von 1921 zum Tragen kommt. Sollte Letzteres zu Grunde gelegt werden, könnten die Uferbereiche und mithin die Eigentumsverhältnisse anders bewertet werden, weil ehemalige Wasserflächen mittlerweile verlandet sind. Die Stadt als Grundstückseigentümerin habe dabei gute Chancen, am Ende glimpflicher als bislang befürchtet davonzukommen.

Die Kosten für den kompletten Austausch des belasteten Erdreichs hat ein Gutachter mit mehr als 14 Millionen Euro beziffert. Ob der Bund diese Variante der Dekontamination mitträgt, ist nach Angaben von Roos allerdings noch unklar.

„Aus Sicht des Kreises Schleswig-Flensburg und der Stadt Schleswig ist eine sehr zeitnahe, nachhaltige Sanierung der einzige sinnvolle Weg“, so Roos. Zur Zeit werde auf Grundlage der Machbarkeitsstudie eines beauftragten Hamburger Ingenieurbüros ein Angebot für die Sanierungsplanung erstellt und der Stadt Schleswig vorgelegt. Damit der Sanierungsplan für die vollständige Dekontamination des betroffenen Geländes bis Ende 2020 fertiggestellt und der Zeitplan für die Sanierung eingehalten werden kann, müsse der Auftrag bis Ende Februar erteilt werden. Ansonsten wäre eine Verzögerung um ein Jahr die Folge.

Die Schlei und das belastete Wikingeck waren gestern auch Thema im Kieler Landtag. So stellt das Land den Kreisen Schleswig-Flensburg und Rendsburg-Eckernförde in den nächsten drei Jahren 220.000 Euro für die ökologische Verbesserung des Gewässers bereit. Das kündigte Umweltminister Albrecht (Grüne) an. CDU, Grüne und FDP hatten dem Parlament den Antrag „Modellregion Schlei“ vorgelegt. Darin geht es um die hohe Nährstoffkonzentration im Gewässer, die Ablagerung von Faulschlamm auf dem Grund der Schlei und eben auch um die Altlasten im Wikingeck. „Ein solches klares und umfassendes Bekenntnis zur Sanierung der Schlei hat es bisher noch nicht gegeben“, betonte der Schleswiger Landtagsabgeordnete Johannes Callsen (CDU) in seiner Rede.